



SCHLOSS KUMMEROW

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Vergabeverordnung (VgV).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

2.1 Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

2.2 Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Teilnahmeantrag / Angebot

3.1 Der Teilnahmeantrag und das Angebot sind in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für den Teilnahmeantrag und das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Der Teilnahmeantrag und das Angebot sind bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichter Teilnahmeantrag und ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot werden ausgeschlossen.

3.3 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Einreichung des Teilnahmeantrages oder nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.4 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.5 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Preise auf andere Positionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Preise einzelner Positionen auf andere Positionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen (Mischkalkulation).

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens zwei Nachkommastellen anzugeben. Die Preise sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes an der in den Vergabeunterlagen vorgesehenen Stelle hinzuzufügen. Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben ungeachtet dessen Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

3.8 Für die Erstellung des Angebots sowie für sonstige Aufwendungen im Vergabeverfahren wird keine Kostenerstattung oder Vergütung gewährt. Die Angebotsunterlagen sind kostenfrei zu übermitteln. Mit der Abgabe eines Angebots erklärt sich der Bieter / die Bietergemeinschaft hiermit einverstanden.

4 Nebenangebote

4.1 Nebenangebote müssen, sofern zugelassen, die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten. Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind. Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses / der Leistungsbeschreibung beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bewerber-/ Bietergemeinschaften

5.1 Eine Bewerbergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben (Formblatt 234),

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,



- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Im Falle der Durchführung eines Offenen Verfahrens ist die vorgenannte Erklärung von einer Bietergemeinschaft mit dem Angebot abzugeben.

5.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmern gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe, Unterauftragnehmer)

6.1 Beabsichtigt ein Bewerber / ein Bieter, sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe, § 47 VgV), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten bereits in seinem Teilnahmeantrag, bei Durchführung eines offenen Verfahrens in seinem Angebot benennen. Der Bewerber hat, sofern sich nicht aus der Bekanntmachung ein anderes ergibt, mit seinem Teilnahmeantrag, der Bieter bei Durchführung eines offenen Verfahrens mit seinem Angebot, nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat insbesondere den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

6.2 Nimmt ein Bewerber / ein Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben.

6.3 Liegen bei Dritten im Sinne von § 47 VgV zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vor oder erfüllen diese das entsprechende Eignungskriterium nicht, hat der Bewerber diese innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen (§ 47 Abs. 2 S. 3 VgV). Andernfalls wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

6.4 Beabsichtigt ein Bewerber / ein Bieter Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen, ohne dass er sich im Sinne der vorstehenden Nummer 6.1 auf deren Leistungsfähigkeit im Zuge des Eignungsnachweises beruft (Unterauftragnehmer, § 36 VgV), ist eine Eigenerklärung zur Eignung sowie eine Verpflichtungserklärung beim Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb bzw. im Nichtoffenen Verfahren erst mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe, im Offenen Verfahren auf Verlangen der Vergabestelle abzugeben. Liegen bei Unterauftragnehmern im Sinne von § 36 VgV zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vor, hat der Bieter diese innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen (§ 36 Abs. 5 S. 2 VgV). Andernfalls wird das Angebot ausgeschlossen.

7 Nachweis der Eignung

7.1 Bewerber haben – wenn sich nicht aus der Bekanntmachung ein anderes ergibt – als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Teilnahmeantrag

- **entweder** die in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung zur Interessensbestätigung angegebenen Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise)
- **oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis vorzulegen.

Bei Durchführung eines Offenen Verfahrens hat ein Bieter den Eignungsnachweis mit dem Angebot zu führen.

7.2 Bei Einsatz Dritter, auf deren Leistungsfähigkeit sich ein Bewerber / Bieter zum Nachweis der Eignung beruft (Eignungsleihe im Sinne der vorstehenden Nummer 6.1) ist der Eignungsnachweis in der unter Nummer 7.1 genannten Form auch für den oder die Dritten zu führen, auf die sich ein Bewerber / Bieter zum Nachweis der Eignung beruft, wenn sich nicht im Einzelfall aus der Bekanntmachung ein anderes ergibt.

7.3 Wird ein Bewerber im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb oder im Nichtoffenen Verfahren zur Angebotsabgabe aufgefordert, ist der Eignungsnachweis auch für Unterauftragnehmer im Sinne von § 36 VgV in dem unter Nummer 6.4 genannten Umfang durch die in Nummer 7.1 genannten Unterlagen zu führen. Gelangt im Offenen Verfahren ein Angebot in die engere Wahl, ist der Eignungsnachweis im vorstehenden Sinne auf Verlangen der Vergabestelle zu führen.



SCHLOSS KUMMEROW

7.4 Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

7.5 Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.